

# Deutsche Außenpolitik unter der Regierung Merkel

**Dr. Andreas Schockenhoff, MdB**  
**Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

**Rede**  
**in der Internationalen Abteilung des ZK der KPC,**  
**Peking, 19. April 2006**

Ich bin gebeten worden, über die deutsche Außenpolitik unter der Regierung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu sprechen. Dies tue ich – auch im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch der Bundeskanzlerin – gern. Lassen Sie mich zunächst einen Rückblick auf die ersten fünf Monate unserer Regierungszeit werfen, mit dem ich die Veränderungen und neuen Akzentsetzungen gegenüber der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung deutlich machen möchte. Anschließend möchte ich auf die deutsche Politik gegenüber China und Asien insgesamt eingehen.

## I.

In der bisher erst kurzen Regierungszeit hat es im Bereich der Außenpolitik die deutlichsten Veränderungen sowohl im Stil wie auch in der Substanz gegeben. Lassen Sie mich dafür drei wichtige Punkte nennen:

1. In den europäisch-amerikanischen Beziehungen hat die Bundeskanzlerin entscheidend dazu beigetragen, dass es wieder ein Vertrauensverhältnis gibt. Hier war es durch die Politik der Vorgängerregierung seit Sommer 2002 und insbesondere mit dem sich abzeichnenden Irak-Krieg zu einer schweren Krise gekommen, die nicht nur die Nato, sondern auch die Europäische Union gespalten und damit in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt hatte.

Als genaue Beobachter der deutschen Außenpolitik wissen Sie, dass seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland deutsche Außenpolitik vor allem dann erfolgreich war, wenn sie sowohl auf einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten untereinander als auch auf einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern aufbauen konnte. Das sind die beiden tragenden Fundamente der deutschen Außenpolitik. Wann immer eine deutsche Regierung diese Grundlagen in Frage stellte oder gar verändern wollte, hat es Deutschland und Europa Probleme bereitet.

Mit dem neuen Vertrauensverhältnis in den europäisch-amerikanischen Beziehungen ist die unverzichtbare Voraussetzung geschaffen worden, um die globalen Herausforderungen besser als bisher bewältigen zu können, wie beispielsweise Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm des Iran, Herstellung von Energieversorgungssicherheit, Klimaschutz.

Das neue Vertrauensverhältnis in den europäisch-amerikanischen Beziehungen hat zudem die Grundlage dafür geschaffen, dass im Dialog mit der USA unterschiedliche Auffassungen oder Kritik im Geiste der Freundschaft und Partnerschaft ausgetragen werden können – ich nenne hier als Beispiele die Situation im Gefangenenlager von Guantanamo oder die CIA-Aktivitäten in Europa. Dass die Bundeskanzlerin diese für die USA sensiblen Fragen in aller Öffentlichkeit angesprochen hat, hat der deutschen Außenpolitik wieder Glaubwürdigkeit zurück gegeben.

2. Parallel zur Verbesserung der europäisch-amerikanischen Beziehungen hat es auch einen Neuanfang in der Europapolitik gegeben. Wir werden in der Europäischen Union nur erfolgreich sein, wenn die führenden Nationen wie Deutschland und Frankreich nicht nur an einem Strang ziehen, sondern wenn sie auch ihre Partner frühzeitig einbeziehen und deren Interessen berücksichtigen. Auch China hat seine negativen Erfahrungen gemacht, als der ehemalige Bundeskanzler die Aufhebung des Waffenembargos ankündigte, ohne dies zuvor mit den anderen EU-Partnern abgestimmt zu haben.

Es ist unverzichtbar, dass wichtige Entscheidungen frühzeitig mit unseren kleineren Partnern in der EU konsultiert werden. Das erschwert zwar die Handlungsfähigkeit und Schnelligkeit von Entscheidungen der EU, trägt aber am Ende am ehesten zum Erfolg bei. Dass dies der richtige Weg

ist, hat der EU-Gipfel im Dezember gezeigt, wo durch den maßgeblichen Einsatz der Bundeskanzlerin die schwierige Aufgabe der zukünftigen Finanzierung der EU erfolgreich gelöst wurde.

Damit wurde auch der Weg frei, um jetzt alle Anstrengungen auf die Überwindung der Krise richten zu können, in die die Europäische Union spätestens seit den gescheiterten Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden geraten ist. Eine Antwort, wie das Problem des EU-Verfassungsvertrages geregelt werden kann, werden wir erst nach den französischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr nächsten Jahres finden. Die Bundeskanzlerin wird in der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 alles tun, damit es dann zu einer baldigen Lösung kommt.

Aber das Scheitern der Referenden war weniger eine Reaktion auf den Verfassungsvertrag. Es ist vielmehr der Ausdruck einer Akzeptanzkrise. Ein großer Teil der Bürger der Europäischen Union hat Zweifel, ob die Europäische Union fähig ist, die dringenden Probleme zu lösen, vor allem Arbeitsplätze zu schaffen, Terrorismus und internationale Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen, Umwelt- und Energieprobleme zu bewältigen.

Wir müssen den Bürgern das Gefühl geben, dass die EU besser als ihre Mitgliedstaaten in der Lage ist, länderübergreifende oder globale Herausforderungen zu bewältigen: beispielsweise bei der Bekämpfung der Vogelgrippe durch eine EU-Eingreif-Einheit zur Seuchenbekämpfung, bei der internationalen Terrorbekämpfung durch eine europäische Anti-Terror-Polizei-Einheit oder durch eine gemeinsame Politik zur Sicherstellung einer bezahlbaren Energie.

3. Lassen Sie mich drittens kurz auf Ihren Nachbarn Russland eingehen. Denn gerade im Verhältnis zu Russland hat es mit dem Regierungswechsel deutliche Akzentveränderungen gegeben: Anders als bisher wollen wir mit Russland nicht nur eine strategische Partnerschaft zur Lösung von internationalen Konflikten oder bei der Energieversorgung. Für diese Aufgaben brauchen wir Russland, aber Russland braucht auch die Europäische Union.

Mit ihrem Besuch in Moskau im Januar hat die Bundeskanzlerin allerdings deutlich gemacht, dass wir darüber hinaus Russland auch als einen potenziellen Wertepartner betrachten und daher auch Missstände bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit offen ansprechen. Es geht also nicht nur um gemeinsame Interessen, sondern auch um gemeinsame Werte.

Europäer und Russen haben eine lange und enge gemeinsame Tradition in Geschichte, Kultur und Geistesgeschichte. Ja, wir können im Verhältnis zu Russland von einer gemeinsamen Identität sprechen. Das tun wir als CDU/CSU beispielsweise nicht im Verhältnis zur Türkei, die immerhin EU-Mitglied werden will.

Ich weiß natürlich sehr genau, dass man Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sehr kritisch sehen muss. Aber ich bin überzeugt, dass Russland eine moderne Großmacht nur dann sein wird, wenn es sich nicht nur auf Öl und Gas stützt, sondern auch auf eine starke und vor allem unabhängige Zivilgesellschaft. Und das wiederum erfordert, dass Russland die Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte verwirklicht. Russland kann ein Wertepartner der EU und Amerikas werden.

## II.

Meine Damen und Herren! Im Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland ist die Energieversorgung ein wichtiges Thema. Das gilt auch im Verhältnis zwischen China und Russland. Wir beide – Europa und China – treten hier als Wettbewerber auf.

Die Frage der Energieversorgung ist eine der großen globalen Herausforderungen:

- Aufgrund des deutlich wachsenden Energiebedarfs können Verteilungskonflikte zur Quelle von sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen werden.
- Bedrohungen von Energieversorgungswegen werden zunehmen.
- Der weltweite Ausbau der zivilen Nutzung von Kernenergie erfordert neue Antworten zur

## Sicherung des Nonproliferations-Regimes.

Auch wenn Europa und China Wettbewerber sind, so können wir diese Probleme nicht gegeneinander, sondern nur miteinander bewältigen. Die Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm des Iran ist ein Beispiel dafür. Deshalb ist es gut, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Präsidentschaftserklärung ein starkes Signal an den Iran ausgesendet hat, die vom Gouverneursrat der IAEO geforderten Maßnahmen umzusetzen. Und wir begrüßen sehr, dass China bei den Verhandlungen eine konstruktive Rolle gespielt hat.

Wir sind beide auf eine kooperative Energieaußen- und Sicherheitspolitik angewiesen.

Die Europäische Union hat sich bei ihrem letzten Gipfeltreffen vor einem Monat intensiv mit der Frage der Energieversorgung befasst. Das war ein erster wichtiger Schritt.

Ihm muss die Formulierung einer Europäischen Energieaußenpolitik folgen. Ein gemeinsames und geschlossenes Handeln der EU nach außen braucht folgende vier Elemente:

1. Eine europäische Strategie zur Sicherstellung des Eigenbedarfs: Die EU muss ihre Abhängigkeit von Energieimporten insgesamt und vor allem auch von bestimmten Ländern verringern. Dafür muss sie ihren Energie- und Rohstoffverbrauch deutlich reduzieren und stärker auf erneuerbare Energien setzen. Wenn wir Europäer aufstrebende Staaten wie China, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ihren Verbrauch an fossilen Brennstoffen und damit auch den Ausstoß an CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich vergrößern werden, davon überzeugen wollen, so früh wie möglich die bereits vorhandenen Möglichkeiten der Energieeinsparung zu nutzen, dann müssen wir selbst als hoch entwickelte Industrienationen dabei mit gutem Beispiel voran gehen. Darüber hinaus muss die EU ihre Importe diversifizieren und den Zugang zu möglichst vielen Energiemärkten offen halten.
2. Eine europäische Energieaußenpolitik: Die EU muss ihre Energieversorgungsstrategie außenpolitisch begleiten. Sie sollte gegenüber Produzentenländern, Transitländern und anderen Verbraucherländern auf ein System der kooperativen Energiesicherheit drängen sollte. Das betrifft Maßnahmen der Vertrauensbildung, des Investitionsschutzes oder Streitbeilegungsverfahren. Vor allem aber dürfen durch den Rohstoffhunger der Industrie- und Schwellenländer die Fortschritte, die in Entwicklungsländern bezüglich guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und funktionierender staatlicher Strukturen erreicht wurden, nicht gefährdet werden.

Zum anderen sollte die EU ihre Anstrengungen zur Stabilisierung von Krisenregionen, aus denen sie Energie bezieht oder noch beziehen will, weiter verstärken. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur die Bemühungen zur Regelung des Nahost-Konflikts. Wir haben ein gemeinsames Interesse mit China an Frieden und Stabilität in der Nahost-Region um einen dauerhaften und beständigen Energiefluss zu garantieren.

3. Eine europäische Energiesicherheitspolitik: Die EU braucht eine Strategie, wie Versorgungswege und grenzüberschreitende Infrastrukturen besser gesichert werden können. Dazu sollte auch die Vereinbarung von internationalen Standards für Überwachungs- und Notfallmaßnahmen gehören.
4. Eine aktive europäische Energieaußenhandelspolitik: Die EU hat mit ihrer weltweit führenden Rolle bei Konzepten und Technologien des Umweltschutzes, der Energieeinsparung, der Energieeffizienz sowie bei erneuerbaren Energien etwas anzubieten. Sie muss diese Position auch dafür nutzen und ausbauen, um ihre Chancen im Wettbewerb der Energienachfrage zu verbessern.

Es ist ermutigend, dass China begonnen hat, fortschrittliche Umweltgesetze zu erlassen. Bei der praktischen Umsetzung möchte Deutschland ein herausragender Partner sein – denn bei Kraftwerkstechnologien, in der Wasseraufbereitung, bei Windkraftanlagen, im Bereich der Biomasse und in der Solarenergie sind unsere Unternehmen weltweit führend.

### III.

Meine Damen und Herren! Ob es sich um das Management der schwindenden Energiereserven, den Schutz des Weltklimas oder die Bewältigung von Krisen und Konflikten handelt – keines dieser Probleme wird sich in Zukunft ohne Chinas Beitrag regeln lassen.

Das zeigt, dass Europa mit Blick auf die Entwicklungen in China sowie in Asien eine Strategie braucht, die über Wirtschaftsfragen hinausreicht und die die Breite der politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte einschließt. Politische Stabilität in China und in den Ländern der Region ist von überragendem Interesse auch für uns Europäer. Konflikte dort betreffen auch uns – und nicht nur unsere Handelsbeziehungen. Mit anderen Worten: Wir Europäer müssen endlich in eine Debatte eintreten, wie wir uns auf die Herausforderungen Asiens und den rapide zunehmenden Einfluss der asiatischen Staaten gezielter einstellen und geschlossener handeln, um unsere Interessen besser wahren zu können.

Hinsichtlich dieser Aufgabe hat Europa bisher wertvolle Zeit verloren, weil wir uns mitunter aus eigennützigem handelspolitischen Partikularinteressen auseinander dividieren ließen.

Es ist deshalb auf Initiative meiner Partei in der Koalitionsvereinbarung der Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel das Ziel festgeschrieben worden, dass sich die Koalition aus CDU/CSU und SPD „*verstärkt den politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen Asiens widmen*“ will und dass wir dafür „*eine langfristige, partnerschaftliche Strategie entwickeln*“ wollen.

Lassen Sie mich kurz die deutschen und europäischen Interessen an einer engeren Zusammenarbeit mit Asien ansprechen:

1. Eine positive Wirtschaftsentwicklung: Hier sehe ich große, fast universelle Gemeinsamkeiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Beziehungen zu China und Indien eine herausragende und wachsende Bedeutung haben, Japan und die ASEAN-Staaten werden auch weiterhin für Europa auch eine besondere Rolle spielen.
2. Die Sicherung der Energieversorgung: Auf die Notwendigkeit einer kooperativen Energieversorgungspolitik habe ich bereits hingewiesen.
3. Die Verhinderung und Eindämmung von weltweiten Pandemien – wie SARS oder der Vogelgrippe – liegt in uneingeschränktem gemeinsamem Interesse.
4. Die Aufrechterhaltung regionaler Sicherheit: Islamistischer Fundamentalismus und internationaler Terrorismus sind Herausforderungen an uns alle. Und sicherheitspolitische Konflikte in Asien, wie beispielsweise die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, betreffen auch uns Europäer – und nicht nur unsere Handelsbeziehungen.
5. Eine wertorientierte Zusammenarbeit: Wir sind überzeugt davon, dass wir in der gemeinsamen Bekämpfung von internationalem Terrorismus und fundamentalistischem Islamismus umso erfolgreicher sein werden, je mehr wir dies von einer gemeinsamen Wertebasis aus tun. Und der politische und wirtschaftliche Einfluss eines Staates in der globalisierten Welt wird auch davon bestimmt, wie weit bei ihm Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Partizipation und sozialer Ausgleich gewährleistet sind.

Grundlagen für eine langfristige, partnerschaftliche Strategie Europas für die Zusammenarbeit mit Asien müssen sein: gleichberechtigte Partnerschaft, gegenseitiger Respekt und eine zukunftsorientierte Perspektive im Dialog und bei der Zusammenarbeit in Sachthemen. Mit dem Asia-Europe-Meeting (ASEM) haben wir einen Weg für die Suche nach Gemeinsamkeiten in einem sich schnell wandelndem globalen Umfeld gefunden. Das Potenzial dieser Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien ist aus meiner Sicht noch längst nicht ausgeschöpft. In diesem Sinne werden die Integrationsbemühungen in Ostasien von Europa aus positiv gesehen und unterstützt.

Die interregionale Zusammenarbeit im Rahmen von ASEM sollte stärker und vor allem strategisch genutzt werden, das heißt auf gemeinsamen Werten und Grundsätzen aufbauen. Asien und Europa sollten im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für globale Fragen noch enger kooperieren in der internationalen Wirtschafts- und Umweltpolitik, bei der Terrorismusbekämpfung, bei sicherheitspolitischen Fragen einschließlich Nichtverbreitung und Abrüstung, bei Fragen der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Migration und nicht zuletzt in Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Dass diese Zusammenarbeit von größerem gegenseitigen Vorteil sein wird, wenn alle Akteure die globalen Regelwerke einhalten, versteht sich von selbst.

China selbst hat den Weg der globalen Interdependenz gewählt und leistet hier wichtige Beiträge. Ich habe das Beispiel Iran erwähnt. Und wir begrüßen sehr, dass China mit Nachdruck die Nuklearisierung der

koreanischen Halbinsel verhindern und eine friedliche Lösung der Krise herbeiführen will und dabei bereits beachtliche Erfolge erreicht hat. Dieses Ziel konsequent weiterzuverfolgen, liegt auch im europäischen Sicherheitsinteresse. Wir wünschen uns, dass China als ein verantwortlicher Teilhaber des internationalen Systems noch mehr Verantwortung für Frieden, Sicherheit und Stabilität übernimmt.

Deshalb erlauben Sie mir, dass ich auch Entwicklungen in der internationalen Politik anspreche, die uns Sorge bereiten. So sollten – im Sinne der von mir angesprochenen *kooperativen* Energieversorgungspolitik - legitime Rohstoffinteressen nicht den Bemühungen um Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung in Venezuela und Simbabwe entgegenwirken. Und es sind unmittelbare europäische Sicherheitsinteressen berührt, wenn wir nicht bald ein Ende der von der sudanesischen Regierung zu verantwortenden humanitären Katastrophe im Sudan erreichen. Hier wünschen wir uns von China einen aktiveren Beitrag im Kampf gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wenn solche Fragen in aller Offenheit diskutiert werden können, dann zeigt das, wie gut sich die deutsch-chinesischen Beziehungen entwickelt haben. Wir empfinden es als einen Vertrauensbeweis, dass China in Deutschland einen verlässlichen Partner sieht und uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als wichtigsten Partner in Europa betrachtet. Die Qualität der Beziehungen beruht nicht zuletzt darauf, dass Deutschland keinen Zweifel daran gelassen hat, dass es an einer klaren Ein-China-Politik festhält und eine friedliche Wiedervereinigung Chinas unterstützt.

Die Breite der guten chinesisch-deutschen Beziehungen kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich ein partnerschaftlicher Dialog über Fragen des Rechtsstaats und der Menschenrechte entwickelt hat. Wenn wir in unserer Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck bringen, dass wir dem Rechtsstaatsdialog mit China „*mit dem Ziel intensivieren wollen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu stärken*“, dann verkennen wir nicht, dass es hier inzwischen Fortschritte gegeben hat.

- Rechtsstaatlichkeit und Transparenz des Verwaltungshandelns sind Teile der wirtschaftlichen Reform und Öffnungspolitik. Dazu muss auch die konsequente Anwendung der Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums gehören, die bei der bisherigen Integration Chinas in die Weltwirtschaft zu kurz gekommen ist.
- Was die Menschenrechtssituation betrifft, so stehen die Bestimmungen über Menschenrechte in der Verfassung. Die individuellen Freiräume wurden erweitert. Eine Reihe von Gesetzesinitiativen stärken die individuellen Rechte des Einzelnen. Eine Zivilgesellschaft beginnt sich herauszubilden, was wichtig ist, weil die enormen gesellschaftlichen Herausforderungen, die China zu bewältigen hat, ein System von „checks and balances“ braucht.

Andererseits stellen wir zunehmende Restriktionen fest, beispielsweise eine strengere Internet- und Medienkontrolle. Wir sind der Auffassung, dass ein freier Zugang der Bürger zum Internet nicht ein Grund zum Fürchten ist. Im Gegenteil: Eine moderne Gesellschaft kann nicht auf das kreative Potenzial verzichten, das auf Informationsfreiheit angewiesen ist. Unsere Erfahrungen zeigen, dass bürgerliche Freiheiten und Partizipation nicht destabilisierend wirken, sondern eine Gesellschaft stärken, insbesondere wenn sie schwierige Umbrüche bewältigen muss. Und auch Religion hat ein großes positives Potenzial und kann das Engagement des Einzelnen für Staat und Gesellschaft fördern. Und als Kenner der deutschen Politik wird Ihnen wahrscheinlich auch bekannt sein, dass die Opposition im Deutschen Bundestag in einer Resolution die Bundesregierung aufgefordert hat, die Zustände in den Laogai-Lagern im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaats-Dialogs zur Sprache zu bringen und deren Schließung zu fordern.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Aspekte anspreche, dann soll das in keiner Weise mindern, was China bereits geleistet hat: Es hat Hunderte von Millionen von Menschen aus der Armut befreit. Wenn dieser eindrucksvolle Prozess fortgesetzt werden kann, dann wird China in wenigen Jahren Deutschland in seiner Wirtschaftskraft überholt haben.

Uns ist sehr genau bewusst, vor welchen immensen Herausforderungen Ihr Land steht – Arbeitslosigkeit, Verteilungskonflikte, die ungleiche Entwicklung zwischen Stadt und Land, Wanderarbeiter, Korruption und Misswirtschaft sowie die Belastungen im Finanzsektor. Dagegen sind die Probleme, die uns in Deutschland und in der Europäischen Union erheblich belasten, eher klein.

Wir sehen es als eine große Leistung an, dass es trotz all dieser Probleme gelungen ist, dieses Land zusammenzuhalten. Gerade wegen dieser Leistung sind wir davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Bewältigung dieser immensen Herausforderungen noch eher gelingen wird, wenn alle Kräfte genutzt

werden, die in einer freien Entfaltung der Kreativität jedes einzelnen Bürgers liegen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.